

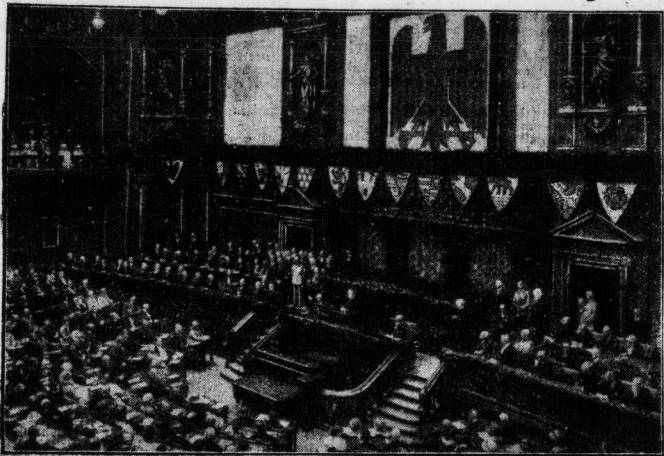
# Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen; Illust. Beilagen, „Kinderfreund“ sowie „Wald u. Feld“, wozu meist eingekaufene Manuskripte in reichem Maße beizugehen. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisations- und amtlichen Organisations-Verbindungen. — Schriftleitung: Herz 4244, verschiedene Beilagen. — Schriftleitung: Herz 4244, 4667. — Postfach zwei Treppen, Fernsprech-Anschluss 4667. — Vertriebs- und Anzeigenteilung mittags von 12 bis 1 Uhr.

**Sozialdemokratische Tageszeitung**  
für  
**Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg**

**Bezugsbedingungen:** Der Bezugspreis beträgt monatlich 2.— Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Bei Vorbezug des Bezugspreises monatlich 2 Mk. ab Postamt od. d. Postboten zugesandt 2,40 Mk. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg im Anzeigen- und 60 Pfg im Anzeigenteil. — Druckerei: Halle 4244. Fernruf 4606. — Druckerei: Halle 4244. Fernruf 4606. — Druckerei: Halle 4244. Fernruf 4606. — Druckerei: Halle 4244. Fernruf 4606.

## Verfassungsfeier im Reichstag.



## Eröffnung der Berliner Eheberatungsstelle.

**Geräte nur noch mit Erlaubnisstein!**

Kürzlich ist auch in Berlin, nachdem das Ausland die ersten Verträge gemacht haben, eine neuartige Einrichtung geschaffen worden, die unter dem Titel „Eheberatungsstelle“ eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe ausführen soll. Unter dem Einfluß der Religion, durch die uns von Jugend auf eingetragene Staatsauffassung haben wir uns daran gewöhnt, unter „Ehe“ etwas dem Alltäglichen Entzicktes, fast Ueberirdisches zu verstehen, aber ebenfallts in dieser Denkweise davon zu sprechen, ohne daß die Brautleute mit diesem Gebantenengang in Einklang zu bringen ist. Unter dem Einfluß der Wissenschaft sind für die Ehe bestimmte Grundsätze aufgestellt worden, die, wenn sie überdacht werden, nur dazu führen, eine Familie ins Unglück zu führen. Insbesondere spielt die Vererbungstheorie dabei eine große Rolle. Es ist ja heute schon in der Strafrechtspflege zur Gewohnheit geworden, dem Angeklagten, der Entartungserscheinungen bei seinen Familienangehörigen nachweisen kann, (z. B. der Vater Zinker, der Onkel Epileptiker, die Mutter schwachsinntig) mildere Urteile wegen vererbter Kindererbtüchtigkeit auszusprechen. Man muß sich selbstverständlich auch hierbei vor Uebertreibungen hüten, denn diese schlechten Eigenschaften übertragen sich nicht immer von den Eltern auf die Kinder. Trotzdem hat leider die Praxis in den letzten Jahren auf diese Lehre bestanden. Es kommt ferner hinzu, daß die Gefahren der Großstadt heutzutage immer stärker drohen, und insbesondere leider unsere Jugend in aufgestrebtem Maße durch Reichthum ihre Gesundheit auf das Spiel setzt; denn die Geschlechtskrankheiten haben gerade in der Zeit nach dem Kriege in ungeheurer Weise zugenommen, wenn sie allerdings auch in den letzten Monaten wieder einigermassen an Beschränkung etwas abnehmen. Für die Ehe sind viele Probleme in spezialärztlicher Hinsicht zu beachten. Wie beschaffen diese Eheberatungsstellen ihre schwierige Aufgabe durchzuführen?

Für die Auffassung dieser heiligen Aufgabe ist charakteristisch, daß lange Zeit eine Meinungsverschiedenheit darüber bestanden hat, welche Vorbildung der Berater haben soll. Ein Mann, der das Leben kennt, und sich auf Menschenbeobachtung versteht, sagten die einen, ärztliche Vorbildung ist unbedingt erforderlich, sagten die anderen, man hat sich für die Arbeit eines Spezialarzes als ärztlichen Eheberater entscheiden, der aus der Schule des bekannten deutschen Professors Geheimrat Dr. Krauß hervorgegangen ist. Doch dieses Amt neben sozialhygienischen Kenntnissen in erster Linie verlangt, wie schon es ist, sein Innerstes zu offenbaren, und wie man durch eine gutgemeinte, aber falsch wirkende Bemerkung den sein Herz Ausführenden zum Schweigen bringen kann. Die Hauptaufgabe teilt sich nach zwei Gesichtspunkten. Es sollen die jungen Menschen beraten werden, die sich heiraten wollen, und denen Rat gegeben werden, deren Ehe unglücklich verläuft. Der junge Mann, das junge Mädchen von heute sind so aufgeföhrt, daß sie über jegliche Fragen, über die man früher aus unerschöpflichen, sogenannten Schatzkammern zu niemandem sprechen konnte, vor der Ehe richtigen Bescheid erhalten können. Es wird vor allen Dingen eine gründliche Unternehmung stattfinden, ob denn ärztlichen Standpunkt aus eine Ehe als nicht erwünscht zu bezeichnen ist. Kommt der Arzt (es liegen dem Leiter Spezialärzte zur Verfügung) zu dem Entschluß, daß eine Eheberatung für den Heirathenden selbst sowie für den zukünftigen Gatten oder die Gattin schädlich ist, so kann er seinen Erlaubnisstein ausstellen. Man will nämlich ein sogenanntes Zeugnis ausstellen. Das erste Formular, das von der Eheberatungsstelle Berlin eingeföhrt worden ist, sieht so aus:

**Zeugnis**  
Herrn  Frau   
Eheberatungsstelle  
Berlin, den  1926  
Das gegenwärtig hat folgenden Vorlaut:  
Herrn  Frau   
Eheberatungsstelle.  
Gegen die Heirathung bestehen schwerwiegende ärztliche Bedenken.  
Berlin, den  1926  
Herrn  Frau   
Eheberatungsstelle.

Die Unternehmung hat...  
Gegen die Heirathung bestehen schwerwiegende ärztliche Bedenken.  
Berlin, den  1926  
Herrn  Frau   
Eheberatungsstelle.

Die Unternehmung hat...  
Gegen die Heirathung bestehen schwerwiegende ärztliche Bedenken.  
Berlin, den  1926  
Herrn  Frau   
Eheberatungsstelle.

## Mut, Herr Minister!

**Offener Brief an Herrn Gürtner, den bayerischen Justizminister und Freund der Eintwohnerwehr.**

### „Kann das ein deutscher Minister auf sich sitzen lassen?“

Der bayerische Justizminister hat dieser Tage gegen das kommunistische Organ in München Verleumdungsklage eingereicht. Das kommunistische Blättchen hat nicht mehr und nicht weniger getan, als die von der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Satzen gegen Gürtner im Falle Hartung wiederzugeben. Gürtner hat es dagegen bis heute trotz seiner Anknüpfung verweigert, und gegen die Illebeher der über seine Handlungsweise aufgestellten Behauptungen einen gerichtlichen Schritt einzuleiten. Er selbst wird am besten wissen, warum er nicht dort einhalt, wo es von seinem Standpunkte aus am ersten gerechtfertigt wäre, sondern sich auf ein Blatt föhrt, das mittelbar mit den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen nicht das geringste zu tun hat. Der bayerische Justizminister fürchtet ebenfalls jede ernsthafte gerichtliche Klärung über sein Verhalten als Regierungsrat der jetzt von ihm geleiteten Wehr. Aus diesem Grunde richtet der Reichstagsabgeordnete Dr. Levi mit dem verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ Dr. Geper in der Freitagausgabe des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei an den „berühmten bayerischen Justizminister“ folgenden Offenen Brief:

Herr Minister! Wir haben vor birkaç Tagen über Ihre Wirksamkeit in Sachen der Rememder in der Offentlichkeit Feststellungen gemacht, deren Gewicht uns voll bewußt gewesen ist. Die deutsche Offentlichkeit hat Ihnen keine geringere Bedeutung beigemessen und hat die richtige Klärung als eine Selbstverständlichkeit angesehen. Sie selbst, Herr Minister, begreifen: Sie haben in der Offentlichkeit die Nachricht verbreiten lassen, daß Sie den Schritt unternommen haben, der nach Lage der Sache der einzige ist, der mit Ihrer Stellung an der Spitze einer großen Justizverwaltung verträglich ist: Gehen uns die Offiziellagen wegen Verleumdung einzuleiten. Herr Minister, es ist gegen Sie der Vorwurf erhoben und durch einen prima facie-Beweis bekräftigt, unter Ihrer Leitung seien überführte Mitglieder der gesetzlichen Strafe entzogen worden. Kann das ein deutscher Minister auf sich sitzen lassen?

Sie heute, Herr Minister, warten wir auf die uns angedrohten Schritte.  
Es ist in diesen Tagen — aber schließlich durch die Presse — die Nachricht gegangen, daß Sie beschließen, den Reichstagsabgeordneten Dr. Levi, den verantwortlichen Redakteur der „Neuen Zeitung“ in München, unter Anklage zu stellen, und wiederum hat in wesentlichen doch nichts anderes getan, als unsere Behauptungen zu wiederholen.

Herr Minister, sind die Erbeherantwortlichen. Es ist nicht mehr als publizistisch und politischer Ansicht, daß wir von Ihnen fordern, daß Sie sich an uns halten.  
Es kommt noch hinzu: Einem der Interzeordneten steht der Schutz der parlamentarischen Immunität. Er wird alles, was ihm möglich ist, tun, damit die Immunität aufrechterhalten wird und er vor Gericht seine Behauptungen unter Beweis stellen

lann. Nach Lage der Sache ist die Aufhebung der Immunität gegen ihn so gut wie sicher, nicht aber gegenüber dem Abgeordneten Buchmann, für den die gerichtlichen Gründe, die für Aufhebung der Immunität in diesem anderen Falle sprechen, nicht ausreichen, und der nach den Geschehnissen des Reichstages der Strafverfolgung nicht würde ausgesetzt werden.

Herr Minister, indem Sie den Abgeordneten Buchmann verurteilen und uns nicht verfolgen, ermeden Sie den Verdacht, sowohl daß Sie eine Klage erheben wollen, von der Ihnen bewußt ist, daß sie an der Immunität Buchmanns scheitern wird, als auch, daß Sie es nicht wünschen, daß die von Ihnen zu erhebende Klage vor anderen als solchen Gerichten erhoben werde, die Ihrer Verwaltung unterstellt sind.

Herr Minister, Sie beschuldigen die Münchener Gerichte, wenn Sie nach außen den Anschein erwecken, daß ein Minister ein Gericht imhabe, bei das von Ihnen gewünschte Urteil zu fällen. Wir aber meinen, daß die Sache eines deutschen Justizministers hied- und höchst vor jedem deutschen Gericht sein muß.

Herr Minister, wir, die kommenden Angeklagten, fordern Sie heraus, uns anzufassen. Der Staatsanwalt in diesem Lande wird Ihnen, dem Justizminister des zweitgrößten Bundesstaates, allen Schutz gewähren. Wir, die künftigen Angeklagten, fühlen uns gedrängt, Ihnen, Herr Minister, Mut auszusprechen: Stellen Sie endlich den Straf Antrag und verklagen Sie uns hier in Berlin. Seien Sie überzeugt, es gibt noch Richter in Berlin!

## Parlamentarier Ehrhardt. Ein Beteiligter an der deutsch-wirtschaftliche Schwerindustrie.

Berlin, 13. August. (Radiomebung.) Das „Berliner Tageblatt“ weicht aus fiderer Quelle zu, melde, daß der frühere Kapitän Ehrhardt sich in einem Rundschreiben an die deutsch-wirtschaftliche Schwerindustrie gewendet hat, um sie für seine wirtschaftliche Pläne zu gewinnen. Er behauptet in diesem Rundschreiben, eingesehen zu haben, daß man auf dem Wege des Autarkies nicht zum Erfolg gelangen kann, und will durch parlamentarischen Wege sein Ziel erreichen. (1) In dem Rundschreiben handelt es sich vor allem natürlich um Geld. Die Empfänger seiner Briefe wurden aufgefordert, ihre Beiträge nicht mehr den Parteien, auch nicht der Deutschen Nationalen Volkspartei, auszuführen, sondern ausschließlich den Vaterländischen Verbänden, das heißt Ehrhardt selbst. Unter den Vertretern, die von den Vaterländischen Verbänden in das Parlament entsandt werden sollen, steht an erster Stelle natürlich Ehrhardt. Sein Ehrgeiz geht aber nach dem „Tageblatt“ nicht dahin, im Reichstag zu glänzen, sondern er will sich nur die parlamentarische Immunität sichern, um unter deren Schutz ungehindert seinen Plänen nachgehen zu können.

Das „Tageblatt“ weicht weiter zu, melde, daß das Schreiben Ehrhardts nicht ganz ohne Erfolg geblieben ist und sagt dann: Immerhin wird es sich die deutsch-wirtschaftliche Schwerindustrie doch noch überlegen, in welchem Umfange sie mit ihren Mitteln solche ungeheuerlichen Pläne finanzieren will.





















